



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 142 (1931)

562 (3.12.1931) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-361493](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-361493)

Neue Mannheimer Zeitung

Einzelpreis 10 Pf.

Verlag: Tüsch Verlag, Postfach 100, in
Mannheim, Hauptstraße 100, durch die Post 3192, 1.
postales Subskriptionsamt. — Adressen: Postfach 100,
Hauptstraße 100, Schlegelstraße 100, Mehlstraße 100,
Königsplatz 4, Poststraße 100, W. Oppener Straße 100,
Poststraße 100. — Erscheinungstermin: wöchentlich 12 mal.

Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R. L. 4-6. — Fernsprecher: Sammelnummer 240 für
Postfach, Konto: Karlsruhe Nummer 175 00. — Telegramm-Adresse: Remazeit Mannheim

Einzelpreis: Im Abonnement RM. — 40 bis 50 mm breite
Kolonne: im Restamt RM. 2.— Die 70 mm breite Zeile
für in voraus zu beschreiben Familien- u. Gelegenheits-Anzeigen
besondere Preise. — Abgabe nach Tarif. — Für das Schreiben von
Anzeigen in bestimmten Rubriken, an bestimmten Werten und für
telephonische Aufträge keine Gewähr. — Geschäftsbereich Mannheim

Abend-Ausgabe Donnerstag, 3. Dezember 1931 142. Jahrgang — Nr. 562

Das Rätselraten über die neue Notverordnung

Der Kanzler hat heute dem Reichspräsidenten über den gegenwärtigen Stand des Winter-Wirtschaftsprogramms Bericht erstattet

Noch immer alles in der Schwebe

Stadtbericht unseres Berliner Bots

Der Reichspräsident hat heute vormittag den Reichskanzler empfangen, der ihm über den Stand der Wirtschaftsverordnungen im Reichsbericht. In Termin für den Empfang der sozialdemokratischen Vertreter, der vom „Vorwärts“ für heute angekündigt war, steht, wie wir hören, noch nicht fest. Es ist nicht anzunehmen, daß mit den sozialdemokratischen noch im Laufe des heutigen Tages die in Aussicht genommene Unterredung stattfinden wird. Im übrigen vertritt man am maßgebenden Stelle nach wie vor die Auffassung, daß man im gegenwärtigen Zeitpunkt, da die Beratungen des Reichspräsidenten noch nicht abgeschlossen sind, an den sachlichen Angaben über den Inhalt der Notverordnung, die bereits durch die Presse gegangen sind, sich nicht äußern könne. Es scheint jedoch zu bestehen, daß neuerdings u. a. auch der Plan der Herabsetzung des Reichsrenten-Festsetzens, das bislang 100 Mark beträgt, erwogen wird. Endgültige Entscheidungen sind indes, wie hier ausdrücklich festgestellt ist, bisher im Hinblick noch nicht getroffen worden.

Die besonderen Forderungen der Länder

Stadtbericht unseres Berliner Bots

Die Konferenz der Finanzminister war, wie in den Auslands- und im übrigen recht inhaltlos. Die Konferenz wurde ausserordentlich hervorgehoben wird, kann vertraulich. Wir vermehren daher im Hinblick auf die Wichtigkeit, daß der Reichsfinanzminister sich gegenüber den Ländern in keiner Weise gebunden hat.

Die Finanzminister der Länder haben, nachdem

in in großen Höhen über den Inhalt der neuen Notverordnung unterrichtet wurden, ihre besonderen Forderungen geltend zu machen gesucht.

Das man in dem Zusammenhang gegen den Plan des Reichspräsidenten sich wandte, die Sozialhilfe aus einer einzigen neuen Wechselschaltung allein für die Reichsregierung zu verwenden, liegt auf der Hand. Im übrigen, so wird uns erzählt, ist kaum damit zu rechnen, daß die Notverordnung bis zum Wochenende fertig wird.

Wie den Finanzministern der Länder ist bei der heutigen Konferenz im Reichsinnenministerium, wie wir kürzlich erwähnten, u. a. auch die Frage verhandelt worden.

Es nicht dem politischen Terror auch durch eine weitere Verschärfung der Bestimmungen über den Notwendigkeit und Notwendigkeit zu begünstigen wird.

Rats-Abgesandte nach der Wandschule?

Stadtbericht unseres Berliner Bots

Der in den Pariser Verhandlungen des Völkerbundrates aufgestellte Vorschlag, eine erweiterte Untersuchungskommission nach der Wandschule zu entsenden, findet in der Wandschule keine günstige Aufnahme. Man ist hier der Meinung, daß einer solchen Kommission nicht mehr als ein Mitglied angehören darf. Die Erhaltung der Neutralität gegenüber den Parteien ist ein Ziel, das solche Kommissionen am besten erreichen können, je kleiner sie waren. Jedenfalls liegt man auf deutscher Seite keinen Wert daran, einen Delegierten zu stellen, da man alles vermeiden möchte, was den einen oder anderen Partei vorteilhaft sein könnte. Sollte die Kommission mit Mehrheit beschließen, ihren Sitz in Wandschule mit Mehrheit beschließen, so kann man erwarten, daß die Kommission über die weitere Zeit ihrer Tätigkeit im Reichsland keine Pflicht als hindernisreich sein wird und wäre in dem Falle geeignet, einen Abgesandten zu stellen.

Die Taktik der Sozialdemokratie

Stadtbericht unseres Berliner Bots

Der „Vorwärts“ bringt heute einen Artikel „Probleme des Kampfes, aber legendäre Taktik führt den Sieg“, von dem man annehmen möchte, daß er die Auffassungen der sozialdemokratischen Partei, und Fraktionsleitung wiedergibt. Die Ausführungen des sozialdemokratischen Zentralorgans sind um deswillen recht aufschlußreich, als in ihnen zum ersten Male versucht wird, so etwas wie

eine taktische Linie für den Fall einer Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierungsgewalt festzulegen.

Grundsätzlich ist auch der Optimismus (man weiß nicht genau, ob er tatsächlich vorhanden ist oder ob er etwa nur die gute Miene zum bösen Spiel bedeutet), mit dem man den bevorstehenden Auseinandersetzungen entgegensteht. In dem „Vorwärts“-Artikel heißt es:

„Behände die Sicherheit, daß die Nationalsozialisten die Spielregeln der Demokratie, nach denen sie zur Macht kommen wollen, auch beachten werden, wenn sie an der Macht sind, dann wären wir alle bereit, sie lieber heute als morgen an die Regierungsmacht heranzulassen.“

Der ganze Schmelz wäre dann sehr schön zu Ende. Solange jedoch gegen die nationalsozialistische Partei das begründete Mißtrauen besteht, daß sie jede für anvertraute Machtposition zu verfallensüchtlichen Sünden gebrauchen wird, bedeutet jede Beteiligung der Nationalsozialisten an der Macht Bürgerkriegsgefahr.“

Nach dieser im Still der bisher geübten „antifaschistischen“ Gelänge gehaltenen Einstellung wendet sich der „Vorwärts“ in einem sehr bewegenden Appell an die sonst so verachteten bürgerlichen Mittelparteien:

„Es entspricht der Verfassung, wenn die Parteien der Mitte die Bedingungen bestimmen, unter denen sie mit den Nationalsozialisten eine Regierung und eine gemeinsame Regierung bilden wollen. Die Verantwortung dafür, daß ein Mißlingen in den Reichstagen und in den Bürgerkrieg verhindert wird, liegt also noch immer bei der Mitte, und daran wird sich wohl, auch soweit die Verhältnisse in Frage kommen, sobald nichts ändern. Die Mitte trägt die Verantwortung dafür, daß keine wichtige Machtposition in die Hände der Verfallensüchtigen kommt und daß jedem Versuch, die Staatsautorität durch terroristische Methoden zu zermürben, der härteste Widerstand entgegengesetzt wird.“

Und zum Schluß stellt man sich dann zu einem, wie gesagt, sehr optimistischen Ausblick auf:

Der Fenster stört die Diplomatie

Sonntagsbeobachtungen des Berliner Bots

Polens einziger militärischer Marschall, Joseph Piłsudski, sollte vor wenigen Wochen nach Ziel und Rang eines rumänischen Marschalls erhalten. Das mußten wenigstens rumänische Blätter zu berichten, die der bulgarische Regierung nahe liegen. Einzelne polnische Blätter drücken diese rumänische Nachricht zwar nach, verhalten sich ihr gegenüber aber doch sehr kühl und zurückhaltend. Diese Zurückhaltung war begründet, weil in der gleichen rumänischen Nachricht auch gesagt wurde, daß Marschall Piłsudski im Kriegsfall den Oberbefehl über das vereinigte rumänisch-polnische Heer führen sollte. Natürlich konnte man hier nur einen Krieg mit Rußland im Auge haben, mit demselben Rußland, mit dem erneut Verhandlungen über den Abschluß eines polnisch-russischen Nichtangriffspaktes schweben, die jetzt auch nicht mehr von Moskau bestritten werden. Da war die Nachricht über die Verleihung der rumänischen Marschallwürde an Piłsudski natürlich rechtlich peinlich, Piłsudski brach seinen damaligen Aufenthalt in Rumänien plötzlich ab und kehrte, völlig unerwartet, nach Polen zurück.

Seitdem ist die Diskussion über die polnisch-russischen Verhandlungen in der Presse Polens eine recht lebhafte geworden. Man erinnert sich, daß diese Verhandlungen bereits im Jahre 1920 gegen Kiew aufgenommen, infolge gewisser politischer Rücksichten aber für einige Jahre einstellten. Nach im vergangenen Sommer bestritt der russische Außenminister Litwinow auf der Durchreise in Berlin gegenüber Pressevertretern das Bestehen von irgendwelchen polnisch-russischen Verhandlungen. Heute ist ein solches Element nicht mehr möglich. Die polnische Regierung hat ein ausführliches Kommuniqué über diese Verhandlungen ausgedrückt, das in der polnischen Presse lebhaft kommentiert und geteilt ist. Man geht heute davon aus, daß Rußland durch den japanisch-sibirischen Konflikt im Fernen Osten genötigt sein müsse, einen Vertrag nach den Wünschen Polens zum Abschluß zu bringen. Besonders der „Kurs. Polski“, das Organ der polnischen Großindustrie, sucht eingehend nachzuweisen, daß Rußland das größte Interesse habe, den Frieden an seinen europäischen Grenzen zu sichern und dauerhaft zu fundamentieren.

Die Schwierigkeiten für den Abschluß des Vertrages sind in der Zwischenzeit schon nicht geringer geworden. Polen hat nach seinen Regierungsblättern noch nie vor den Wünschen, das die baltischen Staaten zu den Verhandlungen mit herangezogen werden. Es hat weiter immer noch den Wunsch, daß Rußland in irgendeiner Form die deutsch-polnischen Grenzen garantiert und das dritte ein ähnlicher Nichtangriffspakt auch zwischen Rumänien und Rußland abgeschlossen wird. Noch vor wenigen Monaten hatte das Warschauer Regierungsblatt, die „Gaz. Polska“, geäußert, daß die besatzungsfrage kein Hindernis für den Abschluß eines Vertrages mit Rußland sein könne und sein werde. Man ließ damals erkennen, daß man für die Erfüllung der eigenen Wünsche zur Vermeidung des rumänischen Verhandlungen bereit sei. Seitdem war der Bruder des rumänischen Königs hier zu Besuch, wo er Besprechungen mit zahlreichen führenden Männern, auch mit Piłsudski, hatte. Marschall Piłsudski war dann im Oktober einige Wochen in Rumänien, wo er umgekehrt nicht minder zahlreiche Besprechungen mit führenden Männern hatte. Und heute wissen die polnischen Blätter zu berichten, daß man an der rumänischen Liebe scheitern will, was auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß der polnische Botschafter in Bukarest die rumänische Regierung fortgesetzt über die von Polen mit Rußland geführten Pakt-Verhandlungen informiert.

Es ist selbstverständlich, daß die rumänisch-polnischen Verhandlungen nur im Einvernehmen mit Paris geführt werden. Der polnische Außenminister ist seitdem von einem mehrwöchentlichen Aufenthalt in Paris nach Warschau zurückgekehrt. Er hatte nach der polnischen Presse reichlich Gelegenheit, Kenntnis von dem Stande der rumänisch-polnischen Verhandlungen zu nehmen. Darüber hinaus sollte Herr Piłsudski die polnischen Wirtschaftskreise in Verbindung setzen. Die von ihm begünstigten Wirtschaftsverhandlungen werden von einem in Paris verbleibenden Stellvertreter des polnischen Handelsministeriums fortgesetzt. Immer noch wünscht man, daß Paris die Diskontinuität der im Jahre 1920 geführten Verhandlungen baltischen Industriellen, Banken und Vernehmbar. Die eingehenden osterberichtslichen Informationen nach Rußland können und sollen erst dann wieder

Der Sportplatz der Schenke eines neuen Reichsbannerfestes

Man hatte diesmal, um den nach außen hin ja immer noch „überparteilichen“ Charakter dieser Organisation zu demonstrieren, Konzeptionsfragen von der Staatspartei und dem Zentrum sich verpflichten. Es sprach der Reichspartei die Landtagsabg. Major a. D. Gant, der das Verhalten des Reichsanwalts rügte und zu Abmündigung des Reichsanwalts gegen Hochverrat und Wirtschaftsverderber jeder Art aufrief. Der Vorsitzende der Berliner Zentrumspartei, Schulz Kellermann, wandte sich direkt an den Reichskanzler und rief aus:

„Diese Tausende von Menschen, die hier versammelt sind, einmütigen Willens, sich für die Republik zu zum Leben einzusetzen, dürfen nicht enttäuscht werden durch ein Schwachenwerden der Führung.“

Die nach dem „Vorwärts“ „erhebende“ Kundgebung fand mit einem Trübsalsergebnis auf die Republik und dem Reichsbannerfest „erhebende“ Ende. Im übrigen hat die Verlesung ein recht kriegerisches Bild. Der „Vorwärts“ zeigt unerschöpfliche Freude besonders darüber, daß die Staats-, Schulz und Janzka-Organisationen in voller Ausprägung mit Kornischer und Stenogrammen herunter“ unter den Qualitäten der Verlesung einmarschierten. (1)

Zwischenfall nach einer Reichsbannerkundgebung

Meldung des Wolffbüros — Berlin, 3. Dez.

Im Anschluß an eine Kundgebung des Reichsbanners im Sportplatz ist es gestern abend zu einem merkwürdigen Zwischenfall gekommen. Ein Ministerialrat, der im Reichsbannerministerium einen führenden Posten bekleidet, brachte, als die Teilnehmer an der Kundgebung in dichten Scharen den Versammlungsort verließen, auf der Straße ein Wort an den preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun aus. Er wurde daraufhin auf Veranlassung des Polizeimeisters Lewitz, der mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und den polizeilichen Schutzmaßnahmen in Zusammenhang mit der Kundgebung beauftragt war, verhaftet. Wie der Ministerialrat den Major darauf aufmerksam machte, daß es sich nicht um eine antirepublikanische Demonstration handelte, sondern um eine „Hoch die Republik“ und „Frei Heil“ riefen, soll Major Lewitz erwidert haben, daß dadurch die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung gefährdet würden.

Der Ministerialrat wurde auf das Polizeirevier gebracht und erst nach längerer Zeit wieder entlassen.

Wie wir hierzu erfahren, ist Polizeimeister Lewitz auf Grund der geführten Vorwürfe in der Potsdamerstraße nach der Reichsbannerkundgebung im Sportplatz seines Postens als Leiter der Polizeiaufsichtskommission Tiergarten entlassen worden. Der Minister des Innern hat sich disziplinarische Maßnahmen vorbehalten. Wer der Hauptgeber des Offiziers sein wird, und wofür Major Lewitz bestraft werden wird, steht noch dahin.

Treviranus über Everling

Stadtbericht unseres Berliner Bots

Herr Prof. Everling, eine Sohn des deutschen Reichstagsabgeordneten, ist, wie erinnerlich im August dieses Jahres auf seiner Stellung als Sachreferent im Reichswehrministerium ausgeschieden, weil ihm vorgeworfen war, daß er für eine ausländische Firma zu Ungunsten der Inlandsindustrie ein Gutachten geliefert habe.

Wie jetzt bekannt wird, hat der Reichswehrminister Treviranus auf die Anfrage eines Reichstagsabgeordneten in geantwortet, daß nach den bisherigen Feststellungen Everling bei der Erhaltung seines Gutachtens vaterländische Gesichtspunkte nicht verletzt habe. Eine Wiedererhellung könne indes nicht erfolgen, da Everling vor Abfassung dieses Gutachtens nachdrücklich darauf hingewiesen worden sei, daß eine solche Verleumdung der Bestimmungen seines Dienstvertrages widerspreche. Eine Wiedererhellung Everlings sei nicht möglich, zumal über seinen Posten bereits verfügt sei. Einem Wirten als Sachverständiger auf dem Gebiete des Luftfahrtwesens außerhalb des Ministeriums oder auch an der Hochschule würde der Minister indes keinerlei Schwierigkeiten bereiten.

